

Burkhard Jellonnek

## Zum kulturpolitischen Umgang mit der AfD

### 1 Verpflichtung aus der Geschichte

Für Sozialdemokraten stand nach der Niederlage des 2. Weltkrieges das Bekenntnis zum «Nie wieder!» im Mittelpunkt. Die rechtsextremen, auf die Zerschlagung der Demokratie hinarbeitenden Kräfte schien man lange Zeit im Griff zu haben. Dies gilt heute nicht mehr. Die AfD ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Sie hat sich nicht nur als vierte Kraft neben SPD, CDU und Grünen in der Wählergunst etabliert, sondern auch den Diskursraum in zahlreichen Politikfeldern zu ihren Gunsten verschoben. Sichtbar wurde dies zuletzt bei den jüngsten Landtagswahlen in Bayern und Hessen mit für neue Bundesländer ungewohnten AfD-Stimmenzuwächsen. Ablesbar wurden derlei Stimmungen aber auch in den alarmierenden Ergebnissen der jahrzehntelangen Beobachtungsreihe der Friedrich-Ebert-Stiftung über rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland im Untersuchungszeitraum 2022/23, die unter dem Titel *Die distanzierte Mitte* unlängst erschienen ist. Demnach ist die Zahl der Menschen mit rechtsextrem gefestigtem Weltbild von 2021 zu 2023 von unter 3 Prozent auf nunmehr 8,3 Prozent der Gesamtbevölkerung gestiegen, die Zahl der Menschen, die dorthin unterwegs sind, von 12 auf nunmehr 20,1 Prozent. Besonders verstörend ist die Tatsache, dass Personen im frühen Erwachsenenalter von 18 bis 34 Jahren mit 12 Prozent die größte Gruppe mit einem rechtsextrem verorteten Welt-

bild stellen und besonders häufig Thesen der Verharmlosung des Nationalsozialismus, dem Antisemitismus und Sozialdarwinismus zustimmen. Also junge Menschen, die vor noch nicht langer Zeit unsere Schulen verlassen haben. Auf diese neue Situation braucht die SPD klare Antworten, gerade auch in der kulturpolitischen Auseinandersetzung.

### 2 Die AfD – eine Partei mit zunehmend verfassungsfeindlichem Profil

Auch wenn sich das Führungspersonal der AfD bei ihren Auftritten in der Öffentlichkeit zunehmend im Erscheinungsbild bürgerlicher Wohlstandigkeit zeigt, gewinnen in der Partei, abzulesen auf dem letzten Magdeburger Europa-Parteitag, zunehmend rechtsextreme Kräfte die Oberhand. Argumentativ unterfüttert und ideologisch begründet werden deren Positionen vom «Institut für Staatspolitik» in Schnellroda sowie der Desiderius-Erasmus-Stiftung mit Sitz in Lübeck und einem breiten Publikum unter anderem über die Zeitschrift *Compact* vermittelt. Das Institut für Staatspolitik hat sich als geistiges Zentrum der Neuen Rechten in Deutschland etabliert und propagandiert im Schulterchluss mit dem «Flügel» um Höcke die Idee des Ethnopluralismus. Darin ordnen sie jeder Kultur ihren Raum zu – natürlich außerhalb Deutschlands. Die Segregation aller nicht Deutsch-Stämmigen kommt in dieser Begrifflichkeit «Ethnopluralismus» in

einer gefährlich schönfärbenden Verkleidung.

Björn Höckes Losung «Die EU muss sterben, damit das wahre Europa leben kann» wird unter dem von ihm installierten Spitzenkandidaten für die Europawahl 2024, Maximilian Krah, zur deutlichen Absage an die EU-Institutionen, verknüpft mit dem Ende des Euro und dem Aus für eine europäische Energie- und Klimapolitik. Weidels Votum für ein «Europa der Vaterländer» ist ein weichgespieltes Credo gegen jedwede europäische Zusammenarbeit, verlangt die Emanzipation von den USA ebenso wie die Aufhebung der Sanktionen gegen Russland. Die Forderung, eine «Festung» gegen Migranten zu errichten und die massenhafte Remigration von Einwanderern auf den Weg zu bringen, zeigt sich mit seiner fremdenfeindlichen Grundmelodie als unvereinbar mit dem Grundgesetz und belegt, warum der Verfassungsschutz die AfD in Teilen als «rechtsextremistischen Verdachtsfall» eingestuft hat.

In dieses Themenspektrum gehört auch die Ablehnung von Abtreibungen und der von der AfD so deklarierten «Genderideologie». Höckes jüngster Vorstoß im MDR-Interview gegen das «Ideologie-Projekt» Inklusion, das «unsere Kinder nicht weiterbringe und nicht leistungsfähiger macht» und in den Schulen die Fachkräfte der Zukunft verhindere, setzt sich über die bindende Gültigkeit einer weltweiten UN-Behindertenrechtskonvention von 2009 hinweg. Für Höcke werden Behinderte zum Störfall und Hemmschuh für das Entwicklungspotenzial der Kinder ohne Beeinträchtigung und er begibt sich in das Fahrwasser der nationalsozialistischen «T4-Aktion», als Menschen mit Behinderung einen systematischen Massenmord zu erleiden hatten.

### 3 Die Aufkündigung des Konsenses in der Erinnerungskultur durch die AfD

Zu den zentralen Aufgaben unseres Gemeinwesens gehört die Erinnerungskultur, die sich aus unserer geschichtlichen Verantwortung und der aktuellen wie künftigen gesellschaftlichen Weiterentwicklung unserer demokratischen Werteordnung als Aufgabenstellung ergibt. Für Sozialdemokraten ist dabei die Singularität des Holocausts wie die Auseinandersetzung mit dem SED-Unrecht eine stets wiederkehrende Aufgabe der Erinnerungsarbeit. Den Gedenkstätten kommt dabei eine wichtige Aufgabe zu. Sie sind längst nicht mehr nur die authentischen Orte des nationalsozialistischen Zivilisationsbruchs und der Trauer für die Hinterbliebenen der millionenfachen Opfer wie der wenigen Überlebenden. Sie haben sich in den letzten Jahrzehnten nicht zuletzt auch durch die 1998 eingerichtete Gedenkstättenförderung des Bundes zu lebendigen Bildungsstätten und zeithistorischen Museen der NS- wie des SED-Regimes entwickelt, die es angesichts vielfältiger neuer Herausforderungen weiterzuentwickeln gilt. Waren die NS-Gedenkstätten in ihren Anfängen zumeist angetrieben durch die engagierten Impulse einer Zivilgesellschaft als Stachel wider das von Schlussstrich-Forderungen begleitete Vergessen, so sind einerseits derlei Widerhaken einer aktiven Förderpolitik der öffentlichen Hand gewichen. Andererseits ist aber auch der zunehmende Tod vieler Zeitzeug:innen und die fortschreitende Historisierung des Erlebten im öffentlichen Diskurs trotz aller immer wieder auflodernder Debatten um NS-Vergleiche etc. einem spürbaren Wandel unterworfen. Zumal gerade für nachwachsende Jugendgenerationen über 75 Jahre nach Kriegsende die fa-

miliären Anknüpfungspunkte seltener werden.

Jahrzehntelang war es Konsens in der Erinnerungsarbeit, dass die Erinnerung an die Shoah, die Aussöhnung mit den Opfern ein integraler Bestandteil deutscher Politik gewesen ist. Verschiedenste Äußerungen aus den Reihen der AfD haben diesem auch in der internationalen Wahrnehmung viel beachteten Szenario ein Ende bereitet. Von dieser bundesdeutschen Erinnerungskultur setzt sich die AfD mit der ihr eigenen Interpretation als Abwehr der «Schuld und Scham-Kultur» nicht nur mit Blick auf die NS-Zeit, sondern auch mit Blick auf die Kolonialzeit diametral ab. Alexanders Gaulands Bewertung der NS-Zeit als «Fliegenschiss in der Geschichte» sowie Björn Höckes Forderung nach einer «erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad» verknüpft mit seiner Beurteilung des Berliner Holocaust-Mahnmals als «Denkmal der Schande», sind mit der deutschen Staatsräson mit Blick auf den jüdischen Staat und die Opfer der Verfolgung untragbar.

Diesen tiefen Riss im Verständnis der Wertsetzung durch konsequente Erinnerungsarbeit zeigen leider auch die Äußerungen des stellv. Bayerischen Ministerpräsidenten Hubert Aiwanger. Die Debatte darüber, dass sich ein unsägliches antisemitisches Flugblatt in seiner Schultasche befunden hat, ist ein trauriger Beleg dafür, dass derlei Gedankengut längst die Mitte der Gesellschaft erreicht hat und in der Bewertung der Öffentlichkeit hoffähig geworden ist. Stelle die erinnerungspolitische Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker 1985 einen deutlichen Wendepunkt und Meilenstein dar, so offenbart der Umgang mit der antisemitischen Flugblattdaffäre und die nicht erfolgte Entfernung eines maßgeblichen

Amtsträgers einen tiefen Wendepunkt. Aiwangers Strategie, sich als Opfer einer Medienkampagne zu inszenieren und sich als geläuterter «Menschenfreund» zu stilisieren, wird Lügen gestraft durch seine Erdinger Rede, in der er in der Sprache eines Alexander Gauland seinen Wählern empfiehlt, sich angesichts der Fehlentwicklungen «die Demokratie zurückzuholen». US-Präsident Trump lässt grüßen!

#### **4 Kulturpolitische AfD-Thesen gegen Vielfalt und Gleichberechtigung**

Interessanterweise sieht auch die AfD in ihrem parlamentarischen Vorstoß vom 17. Januar 2023 (Bundestagsdrucksache 20/522) einen Zerfall der Gesellschaft und eine Gefährdung der Demokratie. Dass die Partei und ihr nahestehende Gruppierungen selbst die Axt an diese Demokratie anlegen und unverhohlen den Systemwechsel anstreben und damit das dünne Eis der Demokratie einem Belastungstest unterwerfen, entzieht sich ihrer Einsicht. Schuld an dieser Situation trägt aus AfD-Sicht eine «kulturpolitisch betriebene Gesellschaftstransformation, die mit Cancel Culture, Denkmalsstürzen und immer offenerer Verachtung von Kulturleistungen der Vergangenheit einhergeht.» Die aktuelle Erinnerungs- und Gedächtniskultur verhindern aber durch «deren aktuelle Reduktion auf eine Schuld- und Schamkultur [...] aber besonders bei der jüngeren Generation eine positive Identifikation mit dem eigenen Land.» Diese klare Absage an die Moderationsleistung einer Erinnerungskultur als Reaktion auf den durch den nationalsozialistisch verursachten Zivilisationsbruch mit seinen vielfältigen Ausbrüchen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit führt

bei der AfD zum eindeutigen Bekenntnis zu einer ausschließlich deutschen kulturellen Identität. Alle sich aus den Menschenrechten ableitenden Ideen von Gleichberechtigung und Vielfalt in einer diversen Gesellschaft weist die AfD von sich und lehnt alle kulturpolitisch ins Feld geführten Gedanken um eine Aufarbeitung des Kolonialismus als Folge einer Cancel-Culture-Haltung ebenso ab wie die Bestrebungen um Chancengleichheit in allen Diversity- und Geschlechter-Gerechtigkeitsprozessen. Dubiose Forderungen, die schon heute in manche politischen Diskurse vor Ort Einzug gehalten haben, sind die Einführung des «Gendern [...] als neues Sprachregime», die Beibehaltung von «in die Diskussion geratenen Straßennamen» oder «eine differenzierte Sicht auf die deutsche Kolonialgeschichte» in den Schulcurricula. Zu guter Letzt versucht die AfD sogar, die «deutsche Mehrheitsgesellschaft», der «keine oder eine nur negative Identität zugestanden wird, zur Opfer-Gruppe zu stilisieren, «während die Identitäten aller möglichen Minderheiten vehement betont und gefeiert werden».

## **5 Reaktionen auf die AfD – Die politischen Forderungen der SPD**

Nicht nur Sozialdemokraten, sondern die Demokraten aller Parteien sind aufgefordert, die rechtsradikalen Botschaften der AfD-Führungseliten zu entlarven und die Spaltung unserer pluralen Gesellschaft zu verhindern.

Vor dem Hintergrund des AfD-Höhenfluges von Umfrageergebnissen von über 20 Prozent auf Bundesebene und von mehr als 30 Prozent in manchen neuen Bundesländern liegt die Forderung nach einem

AfD-Parteiverbot buchstäblich in der Luft. Selbst wenn man deutlich sieht, dass der nationalistische Grundton in der AfD die Überlegenheitsfantasien der deutschen Kultur befeuert und wirtschaftspolitische Maximen nach «Deutschland zuerst» den Geist ebenso vernebeln wie eine auf ethnische Homogenität verpflichtete Remigrationsstrategie, so fällt am Ende der Nachweis schwer, dass eine «ganze» Partei von diesem Gedankengut infiziert ist und nicht nur, wie der Organe des Verfassungsschutzes in Bund und Ländern festgestellt haben, die Partei in Teilen rechtsextremistisch sei wie der verbotene «Flügel» und die AfD-Jugendorganisation. Aus dem misslungenen NPD-Verbotsverfahren müssen die Lehren gezogen werden, zumal der Anstoß eines solchen aufwendigen und sehr langwierigen Verfahrens der AfD und ihren Vertretern einmal mehr die Märtyrerrolle ermöglichen würde.

### **Politische Bildung stärken – auch in Schulen**

Politisch muss es Ziel der SPD sein, die Verankerung der AfD als Partei in der inzwischen europaweiten Bewegung der Neuen Rechten zu erkennen und ihr anti-demokratisches Potenzial deutlich auch deren potenzieller Wählerschaft bekannt zu machen. Dies kann nur geschehen, wenn in politischer Bildungsarbeit in unserer Gesellschaft schlechthin, aber auch und gerade in den Schulen die Grundsätze demokratischen Handelns vermittelt werden, wenn die universelle Idee der Menschenrechte und der Gleichheit aller Menschen gerade Heranwachsenden in ihrer vollen Dimension vermittelt werden. Den Grad der Demokratisierung einer Gesellschaft kann man nur an ihrem Umgang mit Minderheiten ablesen, sprich Migranten, Geflüchte-

ten, Behinderten, Frauen, LGBTI-Angehörigen etc.

Die Arbeit in den Gedenkstätten hat in den schulischen Curricula eine gewichtige Rolle gespielt. Freilich reicht historische Aufarbeitung allein nicht mehr aus, um dem Thema heute gerecht zu werden. Wenn wir hoffen, dass Schüler:innen im Unterricht oder junge Menschen von außerschulischer Jugendarbeit sich dem Thema öffnen, dann müssen wir gemeinsam mit ihnen der Frage nachgehen, was die Thematik mit ihrem heutigen Leben zu tun hat. Und man erkennt sehr schnell, dass bei aller Vorbildlichkeit unserer jahrzehntelangen Anstrengungen um die Aufarbeitung der NS-Verfolgung heute Themen wie Rassismus oder auch Homophobie Jugendlichen in ihrem Alltag begegnen und wir gerade deshalb bei Jugendlichen mit Migrationserfahrungen auch Themen von Ausgrenzung, Flucht und Vertreibung intensiver in den Blick nehmen müssen. Wenn wir diesen Brückenschlag wagen, sind wir von der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit der Generation der Groß- und Urgroßeltern schnell bei den Vorurteilen gegen Sinti und Roma oder gegen queere Menschen heutzutage. Und leider werden immer wieder die alten Muster bemüht, speisen sich aktuelle Fake News aus altbekanntesten antisemitischen Quellen. So verstanden, wird Gedenkstättenarbeit ein wichtiger Baustein unserer Bemühungen um Demokratiebildung und für die Stärkung weltweit gültiger Menschenrechte.

Politische Bildungsarbeit ist in dieser Situation zu stärken. Allen Haushaltsentwürfen zum Trotz sind die Etats der Bundeszentrale für politische Bildung spürbar zu erhöhen, ist die Förderung beispielsweise von HateAid als gemeinnützige Organisation zur Beratung und Unterstützung von Be-

troffenen von Online-Hassreden und Hasskommentaren fortzuführen.

### **Gedenkstättenarbeit finanziell stärker fördern**

Mit Blick auf die etablierten Gedenkstätten muss deren finanzielle Ausstattung angesichts sprunghaft steigender Kosten bei Personal, Energie und Unterhaltung deutlich aufgestockt werden. Vor dem Hintergrund, dass sich die Geschichtswissenschaft immer weniger in ihren Forschungsarbeiten mit dem Nationalsozialismus beschäftigt, ist eine stärkere Förderung der Zusammenarbeit zwischen Gedenkstätten und universitärer Forschungseinrichtungen durch entsprechende finanzielle Unterstützung zu gewährleisten, denn tatsächlich sind viele Forschungsgebiete noch blinde Flecken – gerade mit Blick auf noch unerforschte Häftlingsgruppen wie die «Asozialen» oder sogenannten «Berufsverbrecher» und die Binnenstruktur der Konzentrationslager. Und jenseits der Gedenkstätten-Leuchttürme von Buchenwald, Dachau bis Sachsenhausen benötigen auch die anderen, nur vermeintlich kleineren Gedenkstätten finanzielle Unterstützung ihrer meist zivilgesellschaftlich und damit ehrenamtlich organisierten Arbeit, um in den Genuss einer von Bund und Ländern zu gleichen Anteilen getragenen Projektförderung wie im Fall des Programms «Jugend erinnert» zu kommen, das dringend einer Neuauflage bedarf. Sie sind der Garant dafür, zu zeigen, dass der Nationalsozialismus mit seiner Ausgrenzung von Opfergruppen buchstäblich vor aller Augen stattfand und nicht nur in Auschwitz, Berlin und München. Wichtig ist dabei die bis heute verstörende Erkenntnis, dass nicht eine Führungsclique verbrecherischer Nationalsozialisten um Hitler, Göring, Goebbels

alleinverantwortlich war und dass sich die Verbrechen vor der eigenen Haustür abspielten. Der Mainstream von damals hieß «Volksgemeinschaft». Opa und Oma waren zumeist keine Widerstandskämpfer:innen!

Zahlreiche Sammlungen und Ausstellungen in den Gedenkstätten sind in die Jahre gekommen und bedürfen einer Aufarbeitung. Deshalb kommt der Digitalisierung eine große Bedeutung zu. Moderne Präsentationstechniken können die Schicksale einzelner Häftlinge präsen-ter, die Mechanismen der Verfolgung besser nachvollziehbar und die Inhalte buchstäblich an jedem Ort der Welt verfügbar machen. Zum Erreichen jüngerer Zielgruppen ist auch eine pädagogisch unterfütterte Präsenz in den sozialen Medien von Twitter, Instagram bis TikTok erforderlich. Auch hier ist großer Wert darauf zu legen, dass dieser Umbau nicht nur den etablierten Gedenkstätten zugutekommt, sondern auch die große Zahl bislang nicht institutionell geförderter Einrichtungen und Initiativen, die von solchen Fördermöglichkeiten als kleine und mittlere Gedenkstätten profitieren. Auch hier sind niedrigschwellig formulierte Antragsverfahren im Blick zu halten.

### **Keine Steuermittel für die Desiderius-Erasmus-Stiftung**

Unsere Demokratie muss weiterhin und nunmehr aber deutlich spürbarer wehrhaft sein und darf nicht dem Fehler verfallen, ihre Feinde zu nähren. Deshalb sind alle möglichen Schritte zu unternehmen, der 2017 gegründeten, AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung die Anerkennung als parteinahe Stiftung zu versagen. Es wäre unvertretbar, eine verfassungsfeindliche Ziele verfolgende Partei mit einer etwa 60 Millionen € umfassenden Förderung einer

Parteistiftung auszustatten. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 22.02.2023 infrage gestellt, ob wie in der Vergangenheit der AfD diese Förderung aufgrund einer Haushaltssatzung des Deutschen Bundestages verwehrt werden kann und deshalb ein Gesetz für die Regelung der staatlichen Förderung politischer Stiftungen gefordert. Als Replik haben die drei Ampelparteien gemeinsam mit der CDU-Bundestagsfraktion am 13. Oktober 2023 in erster Lesung einen Gesetzentwurf in den Deutschen Bundestag eingebracht, der einerseits den strengen Maßstab der Chancengleichheit der politischen Stiftungen nachprüfbar macht, andererseits aber auch der Tatsache Rechnung trägt, dass der Ausschluss der Gegner von Demokratie und Rechtsstaat für den Fall, dass «eine verfassungsfeindliche Prägung der politischen Grundströmung, die einer politischen Stiftung zuzuordnen ist, spürbar wird. Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts hatte in seinem Urteil vom 22.02.2023 bereits formuliert, dass zum «Schutz gleichwertiger Verfassungsgüter», um ein solches handle es sich beim Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, ein Eingriff in die Chancengleichheit politischer Parteien gerechtfertigt sein könne. Für Alice Weidel handelt es sich schon vor der Verabschiedung des Gesetzes um eine «Lex AfD».

### **Kein Platz für AfD-Verfassungsfeinde als Staatsdiener**

Das Bekenntnis zur AfD und eine damit verbundene Mitgliedschaft ist mit der Verfassungstreue-Vpflichtung eines Beamten in Deutschland spätestens dann nicht vereinbar, wenn sich diese AfD-Vertreter fremdenfeindlich, volksverhetzend oder

minderheitenfeindlich in Wort und Schrift oder in den sozialen Netzwerken äußert. Alle Staatsbediensteten sind verpflichtet, sich durch ihr gesamtes Verhalten zur freiheitlich demokratischen Grundordnung zu bekennen und für ihre Erhaltung einzutreten. Bereits beim Eintritt in das Beamtenverhältnis wurde ein entsprechender Eid auf das Grundgesetz abgelegt. Ein Gymnasiallehrer Björn Höcke ist mit seinen bevölkerungs- wie erinnerungspolitischen Äußerungen schlichtweg in den Diensten des Staates als Pädagoge untragbar. Rund ein Fünftel aller AfD-Mitglieder befinden sich im Staatsdienst bei Polizei, Justiz, Bildungswesen und im öffentlichen Dienst. Die SPD-geführte Bundesregierung hat am 19. April 2023 einen entsprechenden Gesetzentwurf «zur Beschleunigung von Disziplinarverfahren in der Bundesverwaltung und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften» auf den Weg gebracht und eingangs beklagt, dass es in der Vergangenheit bei nur 0,2 Prozent aller bediensteten Beamten zu Disziplinarverfahren gekommen ist. Dass dies im Gegenteil gelingen kann, zeigt die Bestätigung eines Urteils des Leipziger Landgerichts durch den Bundesgerichtshof (BGH) vom 5. Oktober 2023. Darin ging es um das unwürdige Schauspiel um den entlassenen Richter Jens Maier, der sich trotz bedenkltester rhetorischer Ausfälle als AfD-Bundestagsmitglied («Schuldkult», «Mischvölker») und als Obmann des «Flügels» in Sachsen gegen den Sohn des Tennisspielers Boris Becker («kleiner Halbner») oder die ZDF-Moderatorin Marietta Slomka («SLOMKA entsorgen») gegen die Entlassung aus dem Justiz-Dienst und seine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand gewehrt hatte. Der BGH-Senatsvorsitzende Rüdiger Pamp ließ keinen Zweifel daran, dass eine ex-

ponierte Position innerhalb einer extremistischen Gruppierung wie dem AfD-Flügel unvereinbar mit dem Richteramt sei. Eine Versetzung in den Ruhestand sei jedenfalls dann gerechtfertigt, «wenn er sich in herausgehobener Stellung bei einer politischen Gruppierung betätigt, die Grundlagen des demokratischen Verfassungsstaates ablehnt», so der Richterspruch. Maier hatte selbst in einem Tweet diese Lesart unterstützt: «Wenn Angeklagte «AfD-Richter» fürchten, haben wir alles richtig gemacht.»

Vergleichbares ist passiert bei der Richterin Birgit Malsack-Winkemann, die trotz ihrer erwiesenen xenophoben Grundhaltung nach ihrer AfD-Bundestagskarriere sich wieder in ihr Richteramt zurückgeklagt hatte und erst nach Auffliegen ihrer Führungsrolle in einer terroristischen Reichsbürger-Vereinigung und dem Offenbarwerden der Umsturzpläne in Untersuchungshaft genommen werden konnte.

### **AfD: Nicht die Partei der «kleinen Leute»**

In der Öffentlichkeit zeigt sich die AfD, die durch Parteisprecherin Alice Weidel im ARD-Sommerinterview im September 2023 Regierungsanspruch angemeldet hat, gern als Kümmerer-Partei. Im Gegensatz zu «denen da oben» vertrete ihre Partei die Interessen der kleinen Leute und werde es denen zeigen, wenn sie mit Unterstützung der heute noch «schweigenden Mehrheit der Deutschen» am Ruder seien. Das Abstimmungsverhalten im Deutschen Bundestag freilich zeigt das Gegenteil: bei der Abstimmung für die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 € vor der letzten Bundestagswahl 2021 stimmte die AfD dagegen, dafür machte sie sich aber zuletzt für die Abschaffung des Solidaritätszuschlages

stark, der nur die obersten 7 Prozent der Einkommensbezieher um etwa 10 Milliarden € entlasten würde. Gleiche Entlastungen bei der von der AfD geforderten Abschaffung der Erbschaftssteuer für Unternehmen halten keiner Überprüfung stand, denn ein Großteil aller Unternehmen werden schon heute komplett steuerfrei vererbt. Um ebenfalls heiße Luft handelt es sich, wenn die AfD vorgibt, sich für geringfügig Beschäftigte und ihre Renten in der Grundsicherung einzusetzen. Auch hier unternimmt die AfD trotz aller Beteuerungen für die betroffenen 25 Prozent aller Rentenbezieher nichts. Dieses Eintreten der AfD für die Spitzenverdiener unserer Gesellschaft muss die SPD unermüdlich offenlegen.

### **Im Netz dagegenhalten: Die sozialen Medien gehören nicht der AfD**

Die durchschnittlichen täglichen Nutzungszeiten der sozialen Medien steigen besonders bei jungen Menschen in der Altersgruppe von 18 bis 24 Jahren nach wie vor an, mehrere Stunden pro Tag sind eher die Regel als die Ausnahme. Im Fall von Tiktok erreicht die AfD-Bundestagsfraktion 300.000 Abonnenten, alle anderen Parteien mit Ausnahme der CSU (150.000) erreichen höchstens fünfstelligen Zahlen. Ähnlich Youtube: Während sich alle anderen Parteien bei niedrigen fünfstelligen Nutzerzahlen in der Bedeutungslosigkeit verlieren, verzeichnet die AfD stolze 359.000 Nutzende und hat inzwischen auch mit «AfD-TV» einen eigenen, viel besuchten Fernsehkanal. Der bereits vorgestellte Maximilian Krahe machte im Social Web auf sich aufmerksam, als er jungen Männern riet, sie sollten sich nicht einreden lassen, «dass du lieb, schwach und links zu sein

hast». Echte Männer seien rechts, «dann klappt's auch mit der Freundin». 1,3 Millionen Aufrufe.

Massenkommunikation war lange ein Duopol zwischen öffentlich-rechtlichen Anstalten und einigen größeren, privaten Medienhäusern. Egal ob Letztere aus dem liberalen, linken oder konservativen Spektrum kamen, trugen sie letztlich positiv zur Entwicklung der bundesdeutschen Demokratie über 70 Jahre hinweg bei. Die Digitalisierung brachte erst die Diversifizierung der Angebote der existenten Anbieter (Digitale Spartenkanäle, Spezialzeitschriften...) und schließlich eine Demokratisierung (Social Media). Massenkommunikation wurde nicht mehr von einigen wenigen, sondern gefühlt und vermeintlich erlebt von allen gemacht.

Der Erfolg einer Social Media Plattform bemisst sich jedoch in Zugriffen (Clickzahlen), Interaktion und Verweildauer (Stickiness). Beiträge, die Nutzende zu diesem Verhalten animieren, werden daher von den Algorithmen der Plattformen besonders präsent gemacht (gepusht) und mit ähnlichen Beiträgen gemischt, wodurch sogenannte Blasen (Bubbles) entstehen. Nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen, westlichen Welt führt dieses zur gesellschaftlichen Spaltung und Aufstieg radikaler Parteien oder Politiker:innen. Für die klassischen Medien bedeutet Social Media eine Marginalisierung ob der neuen Konkurrenz, respektive eine Banalisierung (ob besserer Clickzahlen sind sie verführt, selbst auf skandalträchtige Berichte zu setzen).

In Summe entsteht hierdurch eine Demokratie gefährdende Situation. Es gilt, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es dem in Deutschland etablierten und ausdifferenzierten öffentlich-rechtlichen System erlauben, dieser Entwicklung entgegenzutreten.

ten. Letztlich bedarf es dazu einer klaren Beauftragung und nicht wie bisher einer verhindernden Reglementierung aus falscher nationaler und marktwirtschaftlich Perspektive. Vorgeschlagen werden vier parallel einzuleitende Schritte:

Social Media gerechter Content. Mit dem ARD/ZDF Medienangebot Funk geschieht dieses bereits seit 2016 erfolgreich im Bereich Jugend. Für führende Internet-Plattformen wie YouTube und TikTok wird gezielt Content produziert und unter dem Titel Funk vermarktet. Einerseits müssen ähnliche Online-only-Angebote umgehend auch für andere Altersgruppen entwickelt werden, andererseits besser finanziert werden (Funk verfügt nicht einmal über 0,3% des Etats von ARD/ZDF).

Zeitnahe Aufhebung jeglicher Restriktionen in der Distribution öffentlich-rechtlicher Inhalte. Bislang können sie (anders als bei anderen Streaming-Plattformen) weder downgeloadet noch dauerhaft genutzt werden. Fiktionales darf maximal ein Jahr im Netz bleiben, Information und Dokumentation 24 Monate und nur Kulturdokumentationen wenigstens fünf Jahre. Die BBC hält hingegen erfolgreich das ganze Archiv vor, so ist es auch in den meisten EU-Staaten üblich.

Fokussierung auf eine gemeinsame Mediathek mit den kompletten, audiovisuellen Inhalten, aller öffentlich-rechtlichen Kanäle, denn Nutzer:innen suchen nach Content, nicht nach Sender. Im Gegenzug könnten rein digitale Spartenkanäle (sie werden in der Regel ohnehin kaum linear genutzt) entfallen, so deren Content weiter produziert wird und sich auf der gemeinsamen Plattform finden lässt. Eine öffentlich-rechtliche Upload-Plattform (State Tube) deren Algorithmus kuratiert, statt eskaliert. Sie sollte, wie ihre amerikanische und

chinesische Konkurrenz, möglichst international (Partnerschaft mit Frankreich, via arte?) und für alle legalen Inhalte offen sein. Für Content Produzierende wäre sie interessant, da Erlöse transparenter verteilt werden könnten, für Nutzende sind sie attraktiv, da der Algorithmus eine echte Reflexion ermöglichen und die öffentlich-rechtlichen Beiträge weitgehend werbefrei sein könnten.

Kommunikation und Massenmedien sind entscheidende Mittel, wenn es darum geht, Demokratie zu stärken und/oder zu verteidigen. Mit dem herkömmlichen Instrumentarium erreichen wir zu viele Bürgerinnen und Bürger nicht mehr. Wir müssen durch politisch einzuleitende Maßnahmen und Rahmenbedingungen schleunigst dafür sorgen, dass insbesondere öffentlich-rechtliche Anstalten ihrem wichtigen Auftrag nach Paragraph 5 des Grundgesetzes nachkommen können.

### **Zivilcourage stärken – Braunem Gedankengut widersprechen**

Wir müssen als demokratisch gesinnte Kräfte die Zivilcourage aufbringen, derlei der Verfassung zuwiderlaufenden Äußerungen zu widersprechen und sie nicht auf sich beruhen zu lassen. «Man wird doch noch sagen dürfen», ist häufig die einleitende Redewendung, um grundgesetzfeindliche Äußerungen zu platzieren, die viel zu häufig Gewöhnungseffekte auslösen und sich in die öffentlichen Diskurse «einschleichen». Bei Diskussionen auf der Straße und mehr noch im Netz ist unsere Zivilgesellschaft gefordert, aber auch alle SPD-Funktionäre wie Mitglieder, mit gutem Beispiel voranzugehen. Wir wissen alle, wie schnell der Wind sich in der Weimarer Republik zum Dritten Reich gedreht hat. Wir wehren uns längst

nicht mehr der Anfänge, sondern sind mit-tendrin in einer gefährlichen Eskalations-spirale, in der viele in unserem Alltag den Halt und ihre Zuversicht verlieren, weil sie von Abstiegs- und Verdrängungsängsten beherrscht werden. Die Demokratie und damit ihre Zustimmungswerte bewegen sich auf dünnem Eis, das wegzubrechen droht. Wir müssen alle an einem Strang ziehen

und braunem Gedankengut couragiert wi- dersprechen. Wir müssen unserer Gesell- schaft die Verletzlichkeit unserer Demokra- tie und die Bedeutung von Empathie für jeden einzelnen Mitmenschen vor Augen halten. Das sind wir nicht nur einem Otto Wels, sondern vielen seiner den Tod, Flucht oder Vertreibung riskierenden Mitstreiterin- nen und Mitstreitern schuldig. ■

## Aus der Erfahrung der Diktatur den Umgang mit der Diktatur lernen?<sup>1</sup>

Auf die Anfrage von Roger de Weck, ob ich an dieser Tagung teilnehmen könne, war meine Reaktion die Selbstauflegung der obigen Frage, auf die ich nicht sicher war, eine Antwort zu finden. 60 Jahre nach Egon Bahrs berühmt gewordenem Tutzing-er Vortrag beabsichtige ich als Sozialde- mokrat weder eine hemmungslose Apolo- getik der Ost- und Entspannungspolitik, noch die Übernahme ihrer inzwischen üb- lich gewordenen Verteufelung. Mein Re- ferat ist an den Anfang der Tagung ge- setzt, es soll und darf also durchaus um einen Rückblick gehen. Meine Beobach- tungen sind biografisch eingefärbt. Ich spre- che zu Ihnen also nicht als Historiker, auch nicht als Politikwissenschaftler, sondern aus selbst gemachter Diktaturerfahrung: Volle 40 Jahre kommunistische Diktatur,

namens DDR, die der faschistischen Dikta- tur der Nazis gefolgt war.

Ich bin im 2. Weltkrieg geboren, in einer Stadt, die englische Historiker in einem schönen Buch «Die Blume Europas» ge- nannt haben, in Breslau, der Hauptstadt der ehemals blühenden preußischen Pro- vinz Schlesien. Heute heißt sie Wroclaw, gehört zu Polen, und ist wieder eine leben- dige, spannende Stadt (in der ich inzwi- schen oft war).

Im Krieg also geboren, die ursprüngliche Heimat verloren, bin ich im Schatten der Nazidiktatur und ihrer Verbrechen und vor allem des Krieges aufgewachsen. Die Nazi- diktatur gehört deshalb zu meiner biografi- schen Erfahrung, denn ihre Nachwirkungen waren in der DDR länger sichtbar, wir Ost- deutschen hatten uns an ihnen länger ab-

---

1 Vortrag bei der Evangelischen Akademie Tutzing: «Demokratie und Diktaturen. Wie viel Kooperation, wie viel Konfrontation?» (Tagung des Politischen Clubs 16.–18. Juni 2023).